



**Universität
Zürich^{UZH}**

Rechtswissenschaftliches Institut

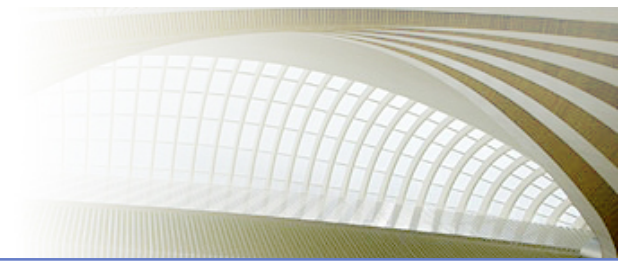


Verhandlungen Schweiz – EU

Die institutionelle Fragestellung

Prof. Dr. Matthias Oesch

23. November 2016

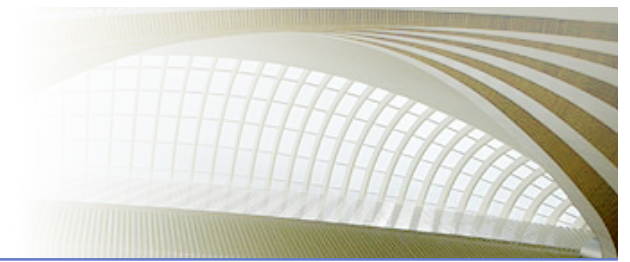


These (1) zu den Verhandlungen Schweiz – EU

➡ Strategie der Schweiz betr. Rahmenabkommen bleibt gültig

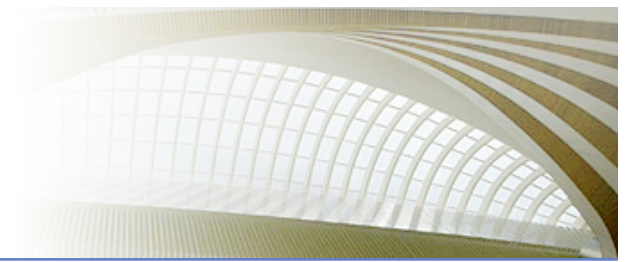
These (2) zum Brexit

➡ Je „softer“ desto mehr EuGH (oder EFTA-GH)



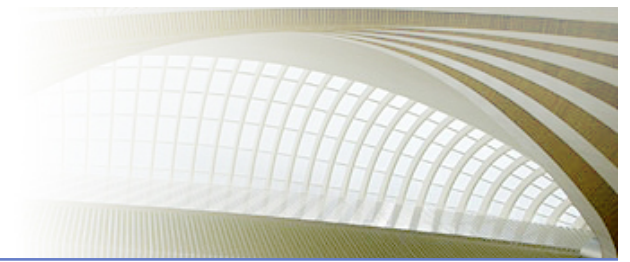
These (1): Strategie bleibt gültig

- Aktuell: **Zweisäulenprinzip** für die Durchführung, Überwachung, Weiterentwicklung, Streitbeilegung
- Forderung der EU, ein **Rahmenabkommen** abzuschliessen (s. v.a. periodische Schlussfolgerungen des Rates)
 - i. Rechtsanpassung (Verfahren zur fortlaufenden Anpassung an den EU-*Acquis*)
 - ii. Auslegung (Sicherstellung einer einheitlichen Auslegung der Abkommen)
 - iii. Überwachung (Sicherstellung der korrekten Anwendung der Abkommen)
 - iv. Streitbeilegung (Verfahren zur Streitschlichtung zwischen den Vertragsparteien)



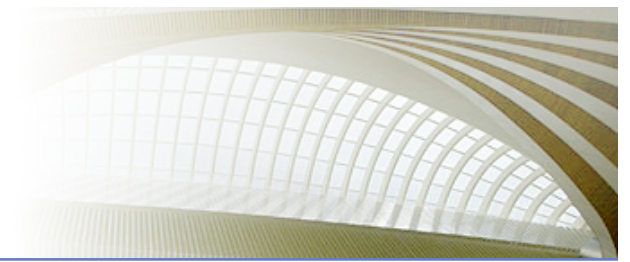
These (1): Strategie bleibt gültig

- Aktuell: **Zweisäulenprinzip** für die Durchführung, Überwachung, Weiterentwicklung, Streitbeilegung
 - Forderung der EU, ein **Rahmenabkommen** abzuschliessen (s. v.a. periodische Schlussfolgerungen des Rates)
 - i. Rechtsanpassung (Verfahren zur fortlaufenden Anpassung an den EU-*Acquis*)
 - ii. Auslegung (Sicherstellung einer einheitlichen Auslegung der Abkommen)
 - iii. Überwachung (Sicherstellung der korrekten Anwendung der Abkommen)
 - iv. Streitbeilegung (Verfahren zur Streitschlichtung zwischen den Vertragsparteien)
- ➔ Modernisierung der institutionellen Architektur; **Rechtssicherheit**



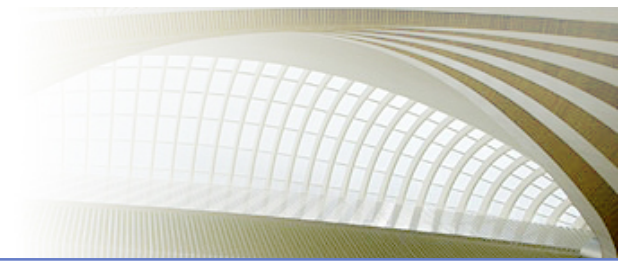
These (1): Strategie bleibt gültig

- Aktuell: **Zweisäulenprinzip** für die Durchführung, Überwachung, Weiterentwicklung, Streitbeilegung
- Forderung der EU, ein **Rahmenabkommen** abzuschliessen (s. v.a. periodische Schlussfolgerungen des Rates)
 - i. Rechtsanpassung (Verfahren zur fortlaufenden Anpassung an den EU-*Acquis*)
 - ii. Auslegung (Sicherstellung einer einheitlichen Auslegung der Abkommen)
 - iii. Überwachung (Sicherstellung der korrekten Anwendung der Abkommen)
 - iv. Streitbeilegung (Verfahren zur Streitschlichtung zwischen den Vertragsparteien)
- ➔ Modernisierung der institutionellen Architektur; **Rechtssicherheit**
- ➔ *conditio sine qua non* für Abschluss neuer Abkommen betr. **Marktzugang** (Energie, evtl. Finanzdienstleistungen, ...)



- umstrittene Elemente der Verhandlungen
 - Mandat des Bundesrates: **Streitbeilegung**

«Fragen zur Auslegung von EU-Recht, das Teil eines bilateralen Abkommens ist, können bei Bedarf von der Schweiz oder von der EU dem **EuGH** vorgelegt werden. Der EuGH legt das EU Recht verbindlich aus. Differenzen werden auf dieser Grundlage durch die beiden Parteien einvernehmlich beigelegt. Falls dies nicht gelingt, können verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung des entsprechenden Abkommens ergriffen werden.»

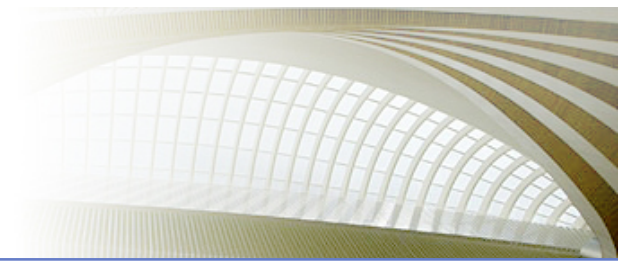


- umstrittene Elemente der Verhandlungen
 - Mandat des Bundesrates: **Streitbeilegung**

«Fragen zur Auslegung von EU-Recht, das Teil eines bilateralen Abkommens ist, können bei Bedarf von der Schweiz oder von der EU dem **EuGH** vorgelegt werden. Der EuGH legt das EU Recht verbindlich aus. Differenzen werden auf dieser Grundlage durch die beiden Parteien einvernehmlich beigelegt. Falls dies nicht gelingt, können verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung des entsprechenden Abkommens ergriffen werden.»
 - Mandat des Bundesrates: **Übernahme von EU-Rechtsakten**

«Die gewählte Lösung beinhaltet **keine automatische Übernahme** von EU-Recht. Die Schweiz muss die Möglichkeit haben, unter Einhaltung sämtlicher nationaler Verfahren (zum Beispiel ein Referendum) darüber zu entscheiden, ob sie neues EU-Recht in ein bilaterales Abkommen übernehmen will.»

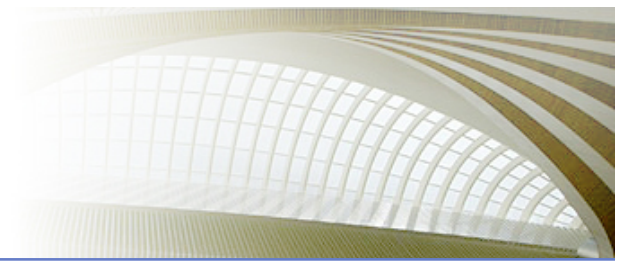
Pressemitteilung des Bundesrats vom 18. Dezember 2013



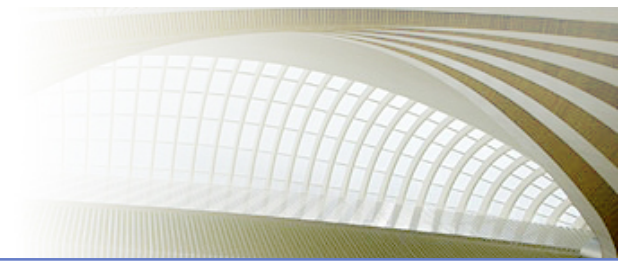
- umstrittene Elemente der Verhandlungen
 - Mandat des Bundesrates: **Streitbeilegung**
«Fragen zur Auslegung von EU-Recht, das Teil eines bilateralen Abkommens ist, können bei Bedarf von der Schweiz oder von der EU dem **EuGH** vorgelegt werden. Der EuGH legt das EU Recht verbindlich aus. Differenzen werden auf dieser Grundlage durch die beiden Parteien einvernehmlich beigelegt. Falls dies nicht gelingt, können verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung des entsprechenden Abkommens ergriffen werden.»
 - Mandat des Bundesrates: **Übernahme von EU-Rechtsakten**
«Die gewählte Lösung beinhaltet **keine automatische Übernahme** von EU-Recht. Die Schweiz muss die Möglichkeit haben, unter Einhaltung sämtlicher nationaler Verfahren (zum Beispiel ein Referendum) darüber zu entscheiden, ob sie neues EU-Recht in ein bilaterales Abkommen übernehmen will.»

Pressemitteilung des Bundesrats vom 18. Dezember 2013

- bisherige Strategie konsequent und stimmig

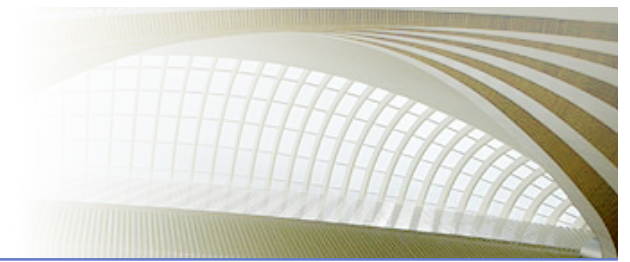


- Brexit
 - (kurz-/mittelfristig) keine neue Ausgangslage
 - EU tendenziell (noch) dogmatischer und weniger kompromissbereit



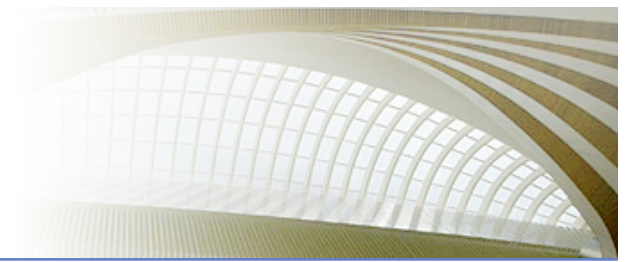
- Brexit
 - (kurz-/mittelfristig) keine neue Ausgangslage
 - EU tendenziell (noch) dogmatischer und weniger kompromissbereit

- ➔ keine Gründe für einen Strategiewechsel der Schweiz ersichtlich
- ➔ keine unnötige Eile (?)
- ➔ innenpolitische Sensibilisierung nötig!



These (2): Je «softer» desto mehr EuGH (oder EFTA-GH)

- gefestigte Praxis in der EU
 - Marktzugang, der auf EU-Recht beruht, bedarf eines gemeinsamen institutionellen Rahmens inkl. eines unabhängigen/internationalen Mechanismus zur Streitbeilegung
 - Bsp.: EFTA-GH, evtl. EuGH (CH-EU)
 - Überprüfung der Vereinbarkeit eines Abkommens EU-VK mit den EU-Verträgen durch den EuGH (Art. 218 Abs. 11 AEUV)



These (2): Je «softer» desto mehr EuGH (oder EFTA-GH)

- gefestigte Praxis in der EU
 - Marktzugang, der auf EU-Recht beruht, bedarf eines gemeinsamen institutionellen Rahmens inkl. eines unabhängigen/internationalen Mechanismus zur Streitbeilegung
 - Bsp.: EFTA-GH, evtl. EuGH (CH-EU)
 - Überprüfung der Vereinbarkeit eines Abkommens EU-VK mit den EU-Verträgen durch den EuGH (Art. 218 Abs. 11 AEUV)
 - PM Theresa May

“We are not leaving only to return to the jurisdiction of the European Court of Justice.”
- ➔ Quadratur des Kreises



**Universität
Zürich^{UZH}**

Rechtswissenschaftliches Institut



Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.